

Deutschland-Frankfurt am Main: Architekturentwurf
OJ S 170/2019 04/09/2019
Wettbewerbsbekanntmachung
Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:
Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber/Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Deutsche Bundesbank, Beschaffungszentrum
Postanschrift: Taunusanlage 5
Ort: Frankfurt am Main
NUTS-Code: DE712 Frankfurt am Main, Kreisfreie Stadt
Postleitzahl: 60329
Land: Deutschland
E-Mail: maik.koenitzer@bundesbank.de
Telefon: +49 699566-5285
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: www.bundesbank.de

I.3. Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4Y63DYCQ/documents>
Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen
Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4Y63DYCQ>

I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers

Einrichtung des öffentlichen Rechts

I.5. Haupttätigkeit(en)

Wirtschaft und Finanzen

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung

II.1.1. Bezeichnung des Auftrags

Realisierungswettbewerb „Der neue Campus für die Zentrale der Deutschen Bundesbank“
Referenznummer der Bekanntmachung: 19/0007765

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

71220000 Architekturentwurf

II.2. Beschreibung

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Die Deutsche Bundesbank plant die Erweiterung ihres Hauptstandortes in Frankfurt am Main. Ziel ist die Zusammenführung von 5 000 Arbeitsplätzen in mehreren Neubauten mit einer Gesamtgröße von ca. 100 000 m² BGF für Büros mit Konferenzräumen sowie Sportzentrum, Kita, Gastronomie; zugehöriger Infrastruktur und Logistik. Hinzu kommen notwendige Tiefgaragen. Grundlage ist ein städtebauliches Gestaltungskonzept, das das Ziel hat, die bauliche Identität des Areals über diese umfangreichen Veränderungen zu stärken. Es soll nach außen ein zusammenhängendes Ganzes und nach innen ein gefasster Raum entstehen. Leitidee ist ein „Campus Bundesbank“ als individuelles Ensemble kraftvoller Architekturen in einem parkartigen Gelände mit altem Baumbestand. Ein Umbau des bestehenden Haupthauses ist ebenfalls geplant, dieser ist jedoch nicht Gegenstand des Wettbewerbs. Die Bundesbank beabsichtigt zu einem späteren Zeitpunkt, ein zusammenhängendes Freiflächenkonzept über ein separates Wettbewerbsverfahren zu finden. Die Ausloberin behält sich vor, bis zu 6 Baufelder für die unterschiedlichen Neubauten zu bilden und die entsprechenden Planungsleistungen an einen oder auch an mehrere Preisträger zu vergeben. Die Durchführung des Wettbewerbs ist ab dem 1. Quartal 2020 geplant. Die Deutsche Bundesbank plant, das Projekt Campus unter Anwendung der Methode Building Information Modeling (BIM) durchzuführen.

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.10. Kriterien für die Auswahl der Teilnehmer

Zur Bewerbung um die Teilnahme am Wettbewerb aufgefordert sind Architekten. Die Auswahl erfolgt bei Erfüllung der Mindestkriterien, sofern die Zahl der Bewerber die Mindestzahl der zum Wettbewerb aufzufordernden Bewerber überschreitet, auf Basis der u.g. qualitativen Auswahlkriterien. Die Ausloberin behält sich das Recht vor, für den Fall gleichwertiger Bewerbungen per Los zu entscheiden.

III.1.10.1) Mindestkriterien:

III.1.10.1.1) Formale Mindestkriterien

Die Bewerbung muss form- und fristgerecht eingehen Die Ausloberin wendet die §§ 56 u. 57 VgV an;

III. 1.10.1.2) Mindestkriterien, die die persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers betreffen:

a) Eigenerklärung, dass keine Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB vorliegen oder Selbstreinigungsmassnahmen nach § 125 GWB erfolgt sind (Vordruck in den Bewerbungsunterlagen enthalten);

b) Nachweis der Berechtigung, die Berufsbezeichnung „Architekt“ gemäß § 75 Abs. 1, 3 VgV zu führen (s. u. III.2);

c) Eigenerklärung über die Eintragung in ein Berufsregister;

d) Eigenerklärung, dass keine Teilnahmehindernisse gemäß § 4 Abs. 2 RPW 2013 vorliegen; Bei Bewerbungsgemeinschaften sind die Ziffer III. 1.10.1.2) geforderten Erklärungen und Nachweise von jedem einzelnen Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft vorzulegen.

III. 1.10.1.3) Fachliche Mindestkriterien:

a) Referenzen über die Planung von 3 Neubauten (Referenzprojekte A bis C inkl.

Auftraggeber-Bescheinigung), bei denen die folgenden Anforderungen erfüllt sein müssen:

A1) Alle Referenzprojekte entsprechen mindestens der Honorarzone III (§ 35 HOAI 2013 oder vergleichbar);

A2) In mindestens 2 Projekten umfasst die referenzierte Tätigkeit mind. die LP 2 bis 4 sowie Teile von 5 (Leitdetails) und von 8 („künstlerische Oberleitung“) gem. HOAI oder vergleichbar;

A3) Mindestens 1 Referenzprojekt ist ein Bürogebäude mit ergänzenden Nutzungen (Konferenz, Casino etc.);

A4) Mindestens 1 Referenzprojekt muss fertiggestellt sein, wobei die Fertigstellung nicht vor dem 1.1.2009 liegen darf;

A5) Alle Referenzprojekte müssen mindestens bis zu LHP 4 abgeschlossen sein;

A6) Alle Referenzleistungen müssen innerhalb der letzten 10 Jahre (Stichtag Einsendeschluss Teilnahmeanträge) ausgeführt worden sein (Beendigung der referenzierten Tätigkeit im Referenzzeitraum ist ausreichend);

A7) Die Referenzprojekte sind auf den beizufügenden Referenzbögen (Referenzbogen ist Bestandteil der Vergabeunterlagen) zu beschreiben und ergänzend mit Lageplan, einem typischen Grundriss und in Zeichnungen oder Fotos (keine Renderings) in einem Projektblatt (1 DIN-A 4-Seite) in ihrem Umfeld darzustellen.

Fremdprojekte:

Es ist möglich, sich mit bis zu 2 Referenzprojekten zu bewerben, die die verantwortlichen Personen des Bewerbers in verantwortlicher Position in einem Beschäftigungsverhältnis bei einem Dritten erarbeitet haben („Fremdprojekt/e“). Eine Bestätigung ist durch den ehemaligen Arbeitgeber nachzuweisen. Auch die „Fremdprojekte“ müssen die o. g. Anforderungen an die Referenzprojekte erfüllen. Werden die o. g. Anforderungen lediglich durch die „Fremdprojekte“ erfüllt, so muss zusätzlich ein eigenes Projekt (Referenzprojekt C) eingereicht werden, das zur Beurteilung der eigenen „Handschrift“ des Bewerbers dient.

Mit den 3 eingereichten Referenzen (A bis C) muss in der Summe die Einhaltung der Anforderungen a1) bis a7) nachgewiesen werden können. Nur die 3 Referenzprojekte (A bis C) sind zugelassen. Darüber hinausgehende Einreichungen werden nicht gewertet.

Fortsetzung unter VI.3) Zusätzliche Angaben.

III.2. Bedingungen für den Auftrag

III.2.1. Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Die Teilnahme ist einem bestimmten Berufsstand vorbehalten: jaBeruf angeben:
Architekten/Architektinnen

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.2. Art des Wettbewerbs

NichtoffenAnzahl der in Erwägung gezogenen Teilnehmer: 30

IV.1.7. Namen der bereits ausgewählten Teilnehmer

AS + P Albert Speer + Partner, Frankfurt am MainBehnisch Architekten & Schulze + Grasso, Stuttgart & KopenhagenFerdinand Heide Architekt, Frankfurt am MainHenn GmbH, MünchenSchneider + Schumacher Städtebau, Frankfurt am MainWest 8 urban design & landscape architecture, RotterdamSachpreisrichter werden Vertreter der Bundesbank, deren Gestaltungsbeirat und der Stadt Frankfurt a. M. sein. Diese werden namentlich zu späteren Zeitpunkt bekannt gegeben.

IV.1.9. Kriterien für die Bewertung der Projekte

Städtebauliche und architektonische Qualität/Programm- und Funktionserfüllung/Technische Realisierbarkeit/Wirtschaftlichkeit.

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Projekte oder Teilnahmeanträge

Tag: 21/10/2019 Ortszeit: 14:00

IV.2.3. Tag der Absendung der Aufforderungen zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Projekte erstellt oder Teilnahmeanträge verfasst werden können

Deutsch

IV.3. Preise und Preisgericht

IV.3.1. Angaben zu Preisen

Es werden ein oder mehrere Preise vergeben: ja Anzahl und Höhe der zu vergebenden Preise: Die Wettbewerbssumme beträgt 1 000 000 EUR (netto) inklusive der Aufwandsentschädigungen. Die Verteilung wird in der Auslobung spezifiziert.

IV.3.2. Angaben zu Zahlungen an alle Teilnehmer

Jeder zugelassene Wettbewerbsteilnehmer, der einen beurteilungsfähigen Entwurf einreicht, erhält eine Aufwandsentschädigung von 15 000 EUR (netto).

IV.3.3. Folgeaufträge

Ein Dienstleistungsauftrag infolge des Wettbewerbs wird an den/die Gewinner des Wettbewerbs vergeben: ja

IV.3.4. Entscheidung des Preisgerichts

Die Entscheidung des Preisgerichts ist für den öffentlichen Auftraggeber/den Auftraggeber bindend: ja

IV.3.5. Namen der ausgewählten Preisrichter

Frau Prof. Almut Grüntuch-Ernst, Architektin, Berlin Herr Günter Hoffmann, Architekt, Berlin Frau Brigitte Holz, Architektin und Stadtplanerin, Berlin/Darmstadt Frau Prof. Dr. Anett-Maud Joppien, Architektin, Frankfurt Frau Prof. Ulrike Lauber, Architektin, Berlin/München Herr Prof. Arno Lederer, Architekt, Stuttgart Herr Prof. José Gutierrez Marquez, Architekt, Berlin

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.3. Zusätzliche Angaben

Zu III.1.10.1.3) Qualitative Auswahlkriterien:

Die Ausloberin entscheidet anhand der architektonisch-städtebaulichen Qualität des/der Referenzprojekts/e auf Grundlage der Referenzblätter mithilfe eines Punktesystems (bis zu 100 Punkte) über die Zulassung zur Teilnahme. Die Beurteilung erfolgt in einer Gesamtschau der eingereichten Referenzen durch ein Auswahlgremium der Ausloberin mit Beratung durch von der Ausloberin unabhängige Architekten (Berater). Die Beurteilung erfolgt durch Zuordnung zu einer der nachfolgenden Kategorien: Zu erwarten ist kein Beitrag = 0 P, ein ausreichender = 25 P, ein befriedigender = 50 P, ein guter = 75 P oder ein sehr guter Beitrag = 100 P. Jedes Mitglied des Auswahlgremiums erhält eine Stimme und vergibt Punkte in einer der 5 Kategorien. Jede Stimme zählt gleichwertig, d. h. die Ausloberin macht sich die Beurteilung der Berater zu Eigen. Ergebnis der Bewertung ist der Mittelwert der Bewertungen.

Es erfolgt keine schriftliche Begründung der jeweiligen Punktevergabe. Darstellungsmängel führen zu Minderbewertungen.

Im Anschluss an den Wettbewerb folgt ein Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb gem. § 14 Abs. 4 Nr. 8 VgV. Hierzu werden folgende Nachweise verlangt – eine Eignungsleihe gem. § 47 VgV ist zulässig:

- a) Mind. 12 festangestellte Architekten/innen, Dipl.-Ing. Architektur, M.Arch. oder vergl. (einschl. Büroinhaber) bei Aufteilung in Baufelder/individuelle Neubauten entsprechend anteilig;
 - b) Nachweis verantwortlicher Tätigkeit mind. in LPH 2 bis 8 in mind. 2 Projekten in einer Größenordnung von mind. 25 000 m² BGF;
 - c) Nachweis von Erfahrungen mit der BIM-Planungsmethode in einem Referenzprojekt;
 - d) Nachweis der Berufshaftpflichtversicherung (Mindestdeckungssumme pro Schadensfall 3 000 000 EUR für Personen- und 5 000 000 EUR für sonstige Schäden mit 2-facher Maximierung pro Versicherungsjahr. Alternativ kann eine Eigenerklärung abgegeben werden, dass eine entsprechende Berufshaftpflichtversicherung im Auftragsfall abgeschlossen wird.
- Die Ausloberin behält sich vor, bis zu 6 Baufelder für die unterschiedlichen Neubauten zu bilden und die entsprechenden Planungsleistungen an einen oder auch an mehrere Preisträger zu vergeben. In diesem Falle wird für jedes Baufeld mit dem entsprechenden Neubau ein Verhandlungsverfahren durchgeführt, in dem das Wettbewerbsergebnis mit 60 % gewichtet wird. In das bzw. die Verhandlungsverfahren werden alle Preisträger einbezogen. Die Ausloberin wird bei der Umsetzung des Projekts einen der Preisträger oder, wie oben beschrieben, mehrere Preisträger für die unterschiedlichen Neubauten unter Berücksichtigung der Empfehlung des Preisgerichts mit den Leistungsphasen 2 bis 8 gemäß 34 HOAI 2013 beauftragen, sofern kein wichtiger Grund der Beauftragung entgegensteht. Die Ausloberin sieht einen stufenweisen Abruf der einzelnen Leistungsphasen vor, ein Anspruch auf Übertragung noch nicht abgerufener Leistungen besteht nicht.
- Die Vergabeunterlagen einschließlich der den Verhandlungen zugrunde zu legenden Zuschlagskriterien werden den Preisträgern mit Einladung zum Verhandlungsverfahren bekannt gegeben. Die Ausloberin behält sich den Zuschlag auf das Erstangebot gem. § 17 Abs. 11 VgV vor.

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Bundes
Postanschrift: Villemombler Straße 76
Ort: Bonn
Postleitzahl: 53123
Land: Deutschland

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Auf die Rügeobliegenheit gem. 160 Abs. 3 GWB wird hingewiesen:

Demnach ist der Antrag unzulässig, soweit:

— der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat.

Der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,

— Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

- Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.4. Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

Offizielle Bezeichnung: Deutsche Bundesbank, Leitung des Beschaffungszentrums

Postanschrift: Wilhelm-Epstein-Straße 14

Ort: Frankfurt

Postleitzahl: 60431

Land: Deutschland

Fax: +49 699566-502197

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

30/08/2019